

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 25 (1984)
Heft: 22

Artikel: Generalüberholung, Teil 2 : die Türkei, ihre Innenpolitik und ihr Umfeld
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094629>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Generalüberholung, Teil 2

1980 war der Militärputsch gewesen, und 1988 soll die Demokratie vollständig wiederhergestellt sein. Die Türkei hat mit kleinen Programmänderungen die Hälfte eines schwierigen Weges zurückgelegt und hat weitere Schwierigkeiten zu gewärtigen. Zwei Hauptfragen stellen sich: Wie geht die Türkei mit der Macht um, und wie gehen die Mächte mit der Türkei um?

Als in der Türkei 1980 die Militärs die Macht ergriffen, verhielten sie sich nicht so antidemokratisch, wie es den formellen Anschein haben mochte. Gewiss lösten sie eine Demokratie ab, aber es war eine Demokratie, deren Rechtsordnung und Gesetzgebung der offenen Missachtung preisgegeben waren. Die politische Szene wurde vom Terrorismus beherrscht: ihm fielen im Tagesdurchschnitt nicht weniger als 25 Menschen zum Opfer. Diesen Zuständen vermochte die damalige Regierung mit ihren rechtsstaatlichen Mitteln nicht Herr zu werden, und so war der Anspruch der Armee, Ordnung im Hause zu schaffen, tatsächlich mehr als ein Vorwand. Das Bedürfnis danach bestand real, und das Durchgreifen mochte sogar eher als überfällig begriffen werden.

Keine Obristenherrlichkeit

Zum Verständnis für die damalige militärische Intervention konnte noch etwas anderes beitragen: das Bewusstsein, dass es sich um etwas grundlegend anderes handelte als beim seinerzeitigen Obristenregime in Griechenland.

In der Türkei gab es schon mehrfach Militärregimes, und diese haben es als eine natürliche Sache angesehen, sich ihrerseits wieder von einem Zivilregime ablösen zu lassen: das «putschistenübliche» Versprechen, die demokratische Ordnung wiederzuführen zu wollen, brauchte also keine Lüge zu sein. Kemal Atatürk, der Begründer der modernen Türkei, war selber ein General gewesen. Obwohl er der Mann war, der dem Lande zusammen mit andern Institutionen der Moderne die zeitgenössische Demokratie brachte, hielt er die von ihm geschaffene und aus dem Volk rekrutierte Armee immer für den letzten Garanten des

Eintritts seines Landes in die Neuzeit. Und 1980 jedenfalls hielt man der Armee zugute, dass sie schon zuvor an der Macht gewesen war und sie jeweils wieder willig an die Zivilisten abgetreten hatte, sobald es sich vernünftigerweise hatte machen lassen.

Inzwischen mögen sich die Militärs allerdings gefragt haben, ob das nicht jeweils zu früh geschehen war. Tatsächlich liessen es die verschiedenen Zivilregierungen immer wieder zu, dass die Situation ihren Händen entglitt, und diesmal gedachten die Militärs gründliche Vorkehren zu treffen, damit das nicht wieder geschehe. Sie verboten die bis 1980 bestehenden Parteien und untersagten deren Exponenten die politische Betätigung auf zehn Jahre hinaus. Erst dann ging die Militärführung daran, den Grundstein für ein neues Zivilregime zu legen.

Rückkehr via nicht so neue Parteien

General Kenan Evren, der Chef des Militärregimes im Ausnahmezustand, präsidierte selber die Kommission, welche eine neue Staatsverfassung ausarbeitete. Diese wurde dann im November 1982 der Volksabstimmung unterbreitet und mit grossem Mehr angenommen. Beim gleichen Urnengang liess sich Evren für eine konstitutionelle Amtszeit von sieben Jahren als Staatspräsident wählen. Auf dem Hintergrund dieser gesicherten Kontinuität liess man ein Jahr später Parlamentswahlen zu. Mit einigen neuen Parteien, da die alten verboten blieben.

Trotz der restriktiven Auswahl brachten die Wahlen in die Nationalversammlung vom Herbst 1983 wenigstens für die Militärführung

eine Überraschung insofern, als die von ihr begünstigte Partei geschlagen wurde.

Die von der Armeeführung bevorzugte und selbst von einem Offizier geführte Partei war die Nationalistisch Demokratische Partei, die MDP. Weiter zugelassen waren die Populistische Partei HP (sozusagen für den «linken» Sektor) und die Mutterlandspartei ANAP (sozusagen für den «rechten» Sektor).

Es war die konservative, strikt islamisch ausgerichtete ANAP, die das Rennen machte. Ihr Spitzenmann, Turgut Ozal, wurde Ministerpräsident, der Mann, dem man weitherum die wirtschaftliche Erholung des Landes in der ersten Zeit nach der militärischen Machtübernahme zugute hielt.

Die alten Parteien blieben ebenso verboten wie offensichtliche Nachfolgeparteien, aber weil die Wähler die gleichen waren wie zuvor, machte es doch den Anschein, als habe Ozal die meisten Anhänger der ehemaligen Regierungskoalition gewonnen, die aus der Gerechtigkeitspartei (AP), der Partei der Nationalen Rettung (MSP) und der Nationalen Aktion (MHP) bestanden hatte.

Damit war der von den Militärs gewünschte und verkündete parteipolitische Neubeginn ohnehin fraglich geworden. Dem Umstand trug man bei den Lokalwahlen vom März dieses Jahres tatsächlich Rechnung, indem man zur Teilnahme nunmehr auch Parteien zuließ, die sich in erklärter Kontinuität zu den alten Parteien befanden.

Als Nachfolger der früheren Koalition präsentierte sich die konservative DYP. Ihr blieb allerdings der Erfolg versagt, vermutlich deshalb, weil sich ihr Wählerpotential inzwischen zum

grossen Teil mit der regierenden ANAP (Mutterlandspartei) von Turgut Ozal identifiziert hatte, welche wiederum die Mehrheit errang. Als neue Opposition auf dem «linken Sektor» etablierte sich hingegen die sozialdemokratische SODEP, die den schon zu den Parlamentswahlen zugelassenen Populisten der HP den Rang ablief und zweitstärkste Partei des Landes wurde. Die SODEP wird von Erdal Inonü geführt, dem Sohn des früheren Präsidenten Ismet Inonü. Sie ist es, die heute jene Rolle spielt, welche vor 1980 die sozialdemokratischen Volksrepublikaner der CHP unter Bulent Ecevit gespielt hatten.

So ist die frühere politische Landschaft der Türkei tatsächlich zu neuem Leben gekommen, zwar nicht in einer genauen Neuauflage, aber doch in einer sichtbaren Annäherung. Noch wirkt die Nationalversammlung in der beschränkten Zusammensetzung von 1983, doch bei den nächsten Parlamentswahlen von 1988 werden die inzwischen «wiedererstandenen» Parteien mitmachen können.

Die Rückkehr zur Demokratie ist damit ungefähr im Rahmen jener Kräfte programmiert, die schon früher die Szene beherrscht hatten.

Politik zwischen Kontinuität und Transition

Die Einhaltung des Programms ist noch eine Frage für sich. Das Land insgesamt ist auch sonst noch nicht zu einer demokratischen Normalität zurückgekehrt. In etlichen Provinzen herrscht nach wie vor Kriegsrecht und wird vorläufig weiterherrschen. Die Erinnerung an die funktionsunfähige Demokratie zuvor sitzt den gegenwärtigen Führern noch immer in den Knochen, und sie wollen die Frist bis 1988 dazu ausnützen, dem nächsten Versuch ordnungspolitische Voraussetzungen zu geben, die nicht gleich auseinanderbrechen.

Auch in der transitorischen Periode vom militärischen Regiment zum zivilen Regime gibt es die Türkei und damit türkische Politik. Seit den Parlamentswahlen vom letzten Jahr hat sie zwar keine neue Grundausrichtung, wohl aber eine neue Schattierung. Staatspräsident Evren steht zur Nato, wie denn die Türkei überhaupt ein loyales Mitglied der westlichen Allianz geblieben ist, doch ist es nicht unerheblich, dass sich Regierungschef Ozal stärker mit der islamischen Welt verbunden fühlt als irgendeiner seiner Vorgänger. Das gibt seiner Regierungspolitik den Vorbehalt, sich durch das gegenwärtige Bündnisystem in keine Position bringen zu lassen, die sich als feindlich zur arabischen Welt auslegen liesse.

Andersherum stellt sich gleichzeitig die Frage, wie sich der Westen (und hier ist insbesondere an den europäischen Westen zu denken) zur Türkei verhält.

Die Türkei ist Mitglied des Europarates. Und als solches wird ihr «Demokratie-Defizit» mit der gleichen Elle gemessen, die man an westeuropäische Demokratien legt: grundsätzlich spielt da der gleiche Reflex wie gegenüber

Griechenland zur Zeit der Obristen. Ferner besteht westeuropäischerseits zweifelsohne die Tendenz, an die Türkei von heute strengere moralische Massstäbe zu legen als zum Beispiel an die seinerzeitige Türkei unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Ecevit, obwohl auch sein Regime repressive und undemokratische Züge aufgewiesen hatte.

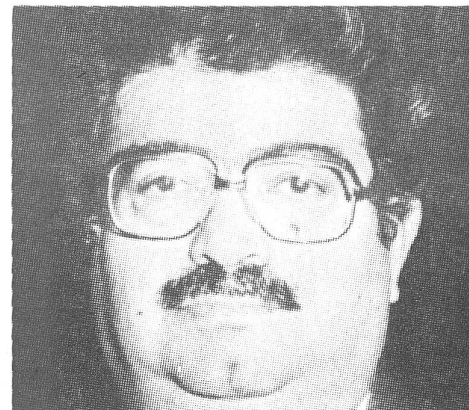
Kurden und Sowjets

Die akute Hauptsorge der Türkei ist freilich im eigenen Land zu suchen.

Der latente kurdische Separatismus ist seit 1983 durch eine starke Aufstandsbewegung akut geworden, unter anderm dank der mittelbaren bis unmittelbaren sowjetischen Hilfe, aber das traut man sich in Ankara nicht laut zu sagen.

In der Türkei mit ihren gut 46 Millionen Einwohnern gibt es annähernd 8 Millionen Kurden, beheimatet in Ostanatolien mit der Stadt Diyarbakir als Mittelpunkt. Der Wunsch der Kurden nach einem eigenen Staat, geteilt von ihren Brüdern in Iran und Irak, ist grundsätzlich nicht neu. Ebenso wenig neu ist der sporadische Ausbruch von Gewalt, auch in der Türkei. Gerade vor dem Staatsstreich vom September 1980 war es im türkischen Verbreitungsgebiet der Kurden zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen gekommen. Die Generäle entschlossen sich zu militärischem Durchgreifen und wähten die Region danach «befriedet».

Doch seit eineinhalb Jahren sind die Kämpfe wiederaufgeflammt. Neu aber ist es, dass die Regierungstruppen diesmal wohlbewaffneten Rebellenverbänden gegenüberstehen, die sich neuerdings auch Artillerie «zugelegt» haben. Die Aufständischen werden von aussen unterstützt. Das sagt auch die gegenwärtige türkische Regierung, aber sie hat Hemmungen, die aus-



Ministerpräsident Turgut Ozal: für Marktwirtschaft, Solidarität mit den Arabern und Begünstigung gegenüber Moskau.

wärtigen Ausrüster und Nachheizer bis Anheizer beim Namen zu nennen.

Ozal legt unter anderem Wert auf wirtschaftlich gute Kontakte zur Sowjetunion, und es ist ein offenes Geheimnis, dass es die UdSSR und ihr Schützling Syrien sind, welche den Kurden zur Hilfe kommen. Nicht selbstlos allerdings. Die kurdische Gegenleistung besteht in sowjetischen Augen darin, für die Destabilisierung eines wichtigen Nato-Landes zu sorgen.

Hier gilt ähnliches wie anderswo auch: Die Sowjetunion hat das Kurdenproblem nicht erfunden, und die Schuld an den kurdischen Ressentiments trägt nicht sie, sondern (seit langem) die Türkei. Aber die Sowjets verstehen es, die Unzufriedenheit von Minderheiten dort zu aktivieren und zu bewaffnen, wo es ein Land ihnen gegenüber an Wohlverhalten, an Dienstbarkeit fehlen lässt. Das funktioniert nahezu weltweit und dient zur undeckelten Erpressung insbesondere von Randstaaten des Feindlagers, denen so die Wünschbarkeit eines neutralistischen Kurses deutlich gemacht werden soll.

In Moskau hofft man wohl kaum, die Türkei kurzfristig aus der Atlantischen Allianz herauszubringen. Aber einstweilen können der Sowjetführung etliche alternative oder auch simultane Zwischenlösungen nur recht sein: ein Nato-Land, das von der öffentlichen Meinung in den Partnerländern als Militärregime schlecht gemacht wird, ein Nato-Land, das sein Bündnisverständnis überdenkt, ein Nato-Land, das im Krieg gegen seine eigene Minderheit steht und zerrissen wird.

Griechenland ist inzwischen zu einem Nato-Partner geworden, der sich von Moskau nahezu alles und von Washington nahezu nichts gefallen lässt. Weil es eine alte Antagonie zwischen Griechenland und der Türkei gibt, halten manche Beobachter eine um so grössere Bündnistreue der Türkei für vorgegeben und gewährleistet. Doch in der Politik halten keine Garantien von alleine. Wenn für den Westen auf den türkischen Partner Verlass sein soll, dann muss auch für die Türkei auf den westlichen Partner Verlass sein.

it/cb



General Kenan Evren, Staatspräsident: auf militärischer Marschroute zum Zivilregime.